

# Dresdner Volkszeitung

Vollschleifont: Dresden Nr. 1268, Aden & Comp. Organ für das werktätige Volk

Berichter: 5448 Dresdner, Sachsen, Dresden, Post & Telegr., Bogen, Stellen u. Preisen, 100, Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Einhalt von Sicherungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Erfolg höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugsmittels oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10, Dresdner Str. 25 261. Erreichbar nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Dresdner Str. 25 261 u. 12 207. Schriftleitung von 12 bis 5 Uhr und mittags. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenstelle: Die 30 mm breite Nonpareilleiste 25 Pf., die 90 mm breite Stellmesepte 2 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2.00 Pf. abgängig Preisstellung laut Tarif. Familienanzeige, Stellen- u. Werbegelde 20 Pf. netto, für Briefniederleg. 10 Pf. Einschr. 10 Pf.

Nr. 273

Dresden, Dienstag, den 22. November 1932

43. Jahrgang

## Wer betrügt wen?!

### Hitler verhandelt noch ...

S. Der Kuhhandel um die „nationale Konzentration“ geht weiter. Der grundfäßliche Gegner des Parlamentarismus, Adolf Hitler, hat sich grundfäßlich bereit gezeigt, die Möglichkeit zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung unter seiner Führung zu prüfen. Einen entsprechenden Auftrag, um ihm der Reichspräsident am Montag erteilte, hat er entgegen allen Erwartungen feindselig abgelehnt.

Hindenburgs Auftrag an Hitler lautet, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichen Arbeitsprogramm finden würde. Die Formulierung dieses Auftrags war ebenso wie die Formulierung der Hitler-Hindenburg in die Hand gedrückten besonderen Bedingungen bereits am Sonntag erfolgt. Diese Bedingungen legen mehr oder weniger, daß die Deutschnationalen der „südlichen Mehrheit“ unter allen Umständen antworten müssen, daß Verbindungen dieser Mehrheit mit anderen politischen Parteien, wie beispielsweise während des Berliner Verkehrsstreiks zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, zu unterbleiben haben, die Wirtschaftspolitik der Papen-Barone fortgesetzt werden und eine Abänderung des Artikels 48 durch Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen sein muß. Schließlich soll noch die Kontinuität der Wehr- und Außenpolitik gewährleistet werden. Also Schleicher und Neurath sollen bleiben.

Wer diese Bedingungen formuliert hat, ist nicht schwer zu erraten. Sie sind Geiste der Hugenberg und der Papen-Barone. Vielleicht war Hugenberg nicht persönlich dabei, als sie fabriziert wurden, aber daß er von ihnen gewußt, bevor Hitler sie kannte, das steht außer Acht. Die Beziehungen des Herrn von Papen zu Hugenberg sind zu eng, als daß der eine dem anderen in letzter Zeit etwas verschwiegen hätte. Nur ist für uns die Frage offen, wer von beiden in diesen Krisentagen mehr auf

den Reichspräsidenten gegen Hitler eingewirkt hat, und ob die Bedingungen an Hitler am Sonntag in Gegenwart des Herrn von Papen in der Reichskanzlei oder im Büro des Reichspräsidenten ihren letzten Guß erhalten. Daß insbesondere Herr von Papen dabei war, dürfte er selbst am wenigsten bestreiten wollen. Er hat seit jeher nach dem Grundsatz gehandelt, daß eine Rache der anderen Wert ist.

Hitler hat den Ball, den ihm Hindenburg zugeworfen hat, am Montag abend zurückgeworfen. Er hat die Bedingungen des Reichspräsidenten mit einer Reihe von Fragen an den Staatssekretär Hindenburgs beantwortet, die am Dienstag erledigt werden sollen. Dabei geht es weniger um den Willen, allen Ernstes eine „nationale Konzentration“ zu gestalten, als darum, wer schließlich der Sieger bleibt, wenn die „nationale Konzentration“ scheitert. Schon die Art, wie die Bedingungen an Hitler gestanden kommen sind, zeigt, welches Spiel um die „nationale Konzentration“ gegenwärtig gespielt wird. Hugenberg will sie nicht. Er will sie unter keinen Umständen unter Hitler. Wenn Hitler dennoch den Auftrag erhält, den Versuch zu einer Verständigung zu machen, dann nur, um nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, daß auch er nicht in der Lage ist, für die Baronwirtschaft einen aufzuhaltenden Erfolg zu schaffen. Im Lager der Nationalsozialisten ist man sich über das deutchnationale Intrigenpiel völlig im klaren. In der Unterredung, die am Sonntag zwischen dem Reichspräsidenten und den Zentrumsführern Nos und Brünning stattgefunden hat, machte Göring seinem Herzog über die Harzburger Freunde von gestern offensiv Lust.

So ist damit zu rechnen, daß das großangelegte Intrigenpiel um die „nationale Konzentration“ innerhalb 24 oder 48 Stunden wie das Hornberger Schießen zu Ende geht. Offen bleibt vorläufig nur die Frage: Wer betrügt wen?

### Lehren der Wahlen

Es ist ebenso selbstverständlich wie notwendig, daß die deutsche Sozialdemokratie auf das ernsthafte prüft, auf welche Weise die nicht gerade erfreulichen Ergebnisse der letzten Wahlen zurückzuführen sind. Es zieht den Kopf in den Sand stecken, wenn wir uns damit zufrieden geben wollen, daß wir erklären: wir haben uns in Anbetracht der schweren Verhältnisse gut gehalten, was übrigens auch hier nicht bestritten werden soll.

Wir lassen hier eine Auflistung der sozialdemokratischen Stimmenzahlen seit dem 4. Mai 1924 folgen. Die danebenstehenden Zahlen geben an, wieviel Prozent der deutschen Gewerkschaftsmitglieder in dem jeweiligen Wahlmonat arbeitslos waren.

Wahlen	Sozialdemokratische Stimmen	% der vollarbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder
4. Mai 1924	6 008 900	8,6
7. Dezember 1924	7 881 000	8,1
20. Mai 1928	9 153 000	6,8
14. September 1930	8 577 700	22,5
31. Juli 1932	7 869 700	43,9
6. November 1932	7 281 400	

Die beiden vorstehenden Zahlenreihen zeigen davon, daß ein recht enger Zusammenhang zwischen der Wirtschaftslage und der Entwicklung unserer Wählerstimmen besteht. Wahrscheinlich ist die Wirtschaftslage für die Wählergebnisse von so großer Bedeutung, daß alle anderen Momente nur eine Rolle zweiten Grades spielen, so auch die politische Taktik der Partei. Im Mai 1924 war allerdings schon die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering geworden, aber damals war noch bei der Bevölkerung die furchtbare Not der letzten Inflations- und der ersten Stabilisierungsmonate in zu lebendiger Erinnerung, und der niedrige Stand der Arbeitslosigkeit war eben erst erreicht worden, während noch wenige Wochen vorher etwa ein Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos gewesen war. Obgleich nur wenige Monate vergangen waren, gelang es der Sozialdemokratie, am 7. Dezember 1924 wieder 1 800 000 Stimmen zu gewinnen. Die Wirtschaftslage hatte sich im Laufe des Jahres 1924 erheblich gebessert, und es war auch gelungen, nennenswerte Lohnsteigerungen durchzusetzen. Die Wahlen vom 20. Mai 1928 fanden zur Zeit einer sehr günstigen Konjunktur statt. Am 14. September 1930 aber waren schon 22,9 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, am 31. Juli 1932 etwa 43,9 Prozent, und daran hatte sich bis zum 6. November 1932 nicht allzuviel geändert.

Wenn die Arbeitslosigkeit ein solches Ausmaß erreicht, müssen sehr viele Arbeitslose langfristig erwerbslos sein, und wir brauchen auch nicht erst die Statistik, um zu wissen, daß viele unserer Mitgliedern seit Jahr und Tag ohne Arbeit und ohne Lohn sind. Die politische Haltung der Sozialdemokratie kann offenbar die Wirkung nicht wesentlich durchkreuzen, die die wirtschaftliche Lage auf die Bewegung unserer Wählerstimmen ausübt. Bei den Wahlen von 1930 befanden wir uns schon seit Monaten in scharfer Opposition gegen die Regierung Brünning. Trotzdem die Wähler damals hatten erkennen können, daß es jedenfalls nicht besser für sie wird, wenn die Sozialdemokratie ausgeschaltet ist, ergab sich ein recht bedeutender Stimmenverlust. Die letzten Reichstagswahlen vom 6. November 1932 fanden statt, nachdem wir monatelang die Regierung Papen in der denkbaren schärfsten Weise bekämpft hatten. Auch jetzt botte sich wieder deutlich genug gezeigt, daß die Massen darunter zu leiden haben, wenn die Sozialdemokratie auf die Regierung gar keinen Einfluß besitzt. Trotzdem verloren wir gegenüber den Wahlen vom 31. Juli 1932 etwa 700 000 Stimmen. Rot und Vergewaltigung treiben viele Menschen zu den radikalsten Vorträgen recht

### Die Bedingungen für die Nazi-Partei

Berlin, 22. November. (Sig. Junf.) Die Bedingungen, unter denen der Reichspräsident Hitler am Montag beauftragt hat, weitere Beschlüsse darüber zu treffen, ob die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung unter seiner Führung gegeben sind, befolgen im einzelnen folgendes:

1. Keine Veränderung in der Leitung des Reichsministeriums, um die Stabilität der Wehrpolitik nicht zu gefährden und keine Veränderung in der Leitung des Außenministeriums, um nicht die Schwierigkeiten internationalen Verhandlungen zu fördern.

2. Keine Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnungen der Papen-Regierung.

3. Vermeidung von Währungsexperimenten, die das Gefüge der deutschen Wirtschaft erschüttern könnten.

4. Fortsetzung der „Reichsreform“ unter dem Grundzustand eines politischen Zustands in Reich und Preußen, deshalb keine Veränderung der Verbindung, die jetzt zwischen preußischer und Reichspolitik hergestellt ist.

5. Durchführung des Gesetzgebungs auf dem normalen Verfahrensweg, das heißt, Gesetzesgebung durch den Reichstag mit parlamentarischer Mehrheit und nicht durch Notverordnungen auf Grund des Artikels 48, weil jedoch Notverordnungen nur ein Erfolg für die normale Gesetzgebung sein können.

6. Keine Beschränkung der Präsidialgewalt, eine durch Verminderung der Befugnisse, die im Artikel 48 gegeben sind, d. h. keine Reichsgerichte, die der Einwendung des Artikels 48 durch den Reichspräsidenten Grenzen setzen.

Über diese Grundlagen verhandelt Hitler mit seinem Stabe im Hotel Kaiserhof!

#### Das Ochs-Stückfrage

Berlin, 22. November. (Sig. Junf.) Der Reichspräsident wird im Laufe des heutigen Tages auf die gestern von Hitler gestellten Rücksagen antworten. Die Fragen selbst sind bisher nicht bekannt. Über ihren Inhalt erläutert nun aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die sich seit Tagen für eine Reichskanzlerschaft Hitlers einsetzt, folgendes:

„Die nationalsozialistische Rücksage dürfte sich vor allem auf die verfassungsgeschichtliche Stellung eines militärischen Adjutants Hitlers beziehen. ... Die nationalsozialistische Rücksage

antwort ist in einem gewissen Maße, wie von interessierter Seite behauptet wird, in ablenkenden Tönen gehalten. Sie bringt gerade die Wirtschaft, postulierte mitzuwirken, noch einmal stark zum Ausdruck, genau wie das in einer Niederschrift Hitlers an den Reichspräsidenten geschehen ist, die Montag vorzeitig überreicht wurde. Wohl aber wird offenbar von nationalsozialistischer Seite eine Klärung darüber gewünscht, ob Hitler ebenfalls nach den Methoden eines reinen Präsidialabdrucks regieren könnte, also mit voller Anwendung des Artikels 48.

In einem Teil der übrigen Presse wird festgestellt, daß

Hitler mit seinen Rücksagen den Versuch machen will, durch

christliche Verhandlungen eine andere Formulierung des ihm

erteilten Auftrages zu erreichen. Ferner sieht man in den

Rücksagen allgemein das taktische Bemühen der Nationalsozialisten, nicht selbst abzulehnen und sich ins Unrecht zu

setzen, sondern in der Frageform Bedingungen zu stellen,

auf die der Reichspräsident nicht einzugehen vermag, so daß

dass kein nicht von Hitler, sondern von Hindenburg aus-

gesprochen wird. Jedenfalls werden die Bemühungen um

eine parlamentarische Mehrheitsbildung bereits seit gestern

als erledigt gehalten. Demgegenüber stellt Hugenberg

Volksanzeiger fest, daß eine reine Präsidial-

regierung nach bisheriger Ansicht des Reichspräsidenten

die Kanzlerschaft eines Parteiführers nicht möglicherweise

möglich macht. Die Kanzlerschaft Hitlers für das Amt

des Reichskanzlers dürfte damit bereits als erledigt gelten,

noch bevor seine Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten

offiziell beendet sind.

In der Formulierung der nationalsozialistischen Rücksagen waren übrigens außer dem früheren Reichsbanpräsidenten Dr. Schachdt zahlreiche „Verhältnisse des öffentlichen Lebens“ beteiligt. Auch der Generaldirektor der Papag. Dr. Kunz, und andere Vertreter der Wirtschaft teilten

am Montag im Staatschhof.

#### Will die Deutschen?

##### Das deutschnationale Entwickelpunkt

In der deutschnationalen Presse wird heute eine

große Propaganda für eine Verstärkung zwischen Hugenberg

und Hitler und auch mit der Deutschen Volkspartei ge-

maßt. Das Ziel dieser Propaganda ist die Bildung einer Regie-

rung ohne Reichstag. Hugenberg und seine Verbündeten

hoffen, daß das Reichstag für die Wirtschaft an einer Regelung,

die sich auf Nationalsozialisten, Deutschnationale und Deutsche

Wolfsburg richten, im Parlament nicht berücksichtigt wird. Es soll zwar

nicht ausgenutzt und nicht zu sagen haben, wohl aber informieren

für eine stabile Regierung die Wirtschaftswirkung tragen,

als es die Regierung im Kriegstag interne.

Und diese „Politiken“ mit den kleinen Verhältnissen soll

sie sich bewegen über den Reichstag — der geht aus.